

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 35 (1945)

Heft: 37

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHEAU

Anschluss an die Welt

—an— In der *bundesrätlichen Botschaft über die Massnahmen zum Ausbau unseres diplomatischen Aussendienstes* steht die Feststellung, es sei «heute an der Zeit, aus der Reserve herauszutreten und den veränderten Verhältnissen in der Welt Rechnung zu tragen». Was dies heisst, wissen wir aus den längst erhobenen Forderungen von verschiedenen Seiten, vor allem aber von der Opposition her. Die Erneuerung unseres diplomatischen «Systems», die Verjüngung und vor allem «Ent-Aristokratisierung» des Personals, die Gewichtsverschiebung von den in erster Linie «gesellschaftlich repräsentativen» Pflichten der diplomatischen Vertreter auf die Ebene der *wirtschaftlichen Belange* gehört zu den wichtigsten Postulaten der Linken und es ist eine der wenigen Forderungen von dieser Seite, die bis auf die Rechte hinüber Verständnis findet. Denn: Hier müssen die mächtigen Wirtschaftskreise begreifen. Steht doch *unser Export*, den gerade sie für lebenswichtig ansehen, auf dem Spiel.

Den Widerhall dieser Ueberlegungen finden wir wieder in der *bundesrätlichen Botschaft*, wenn gesagt wird, in

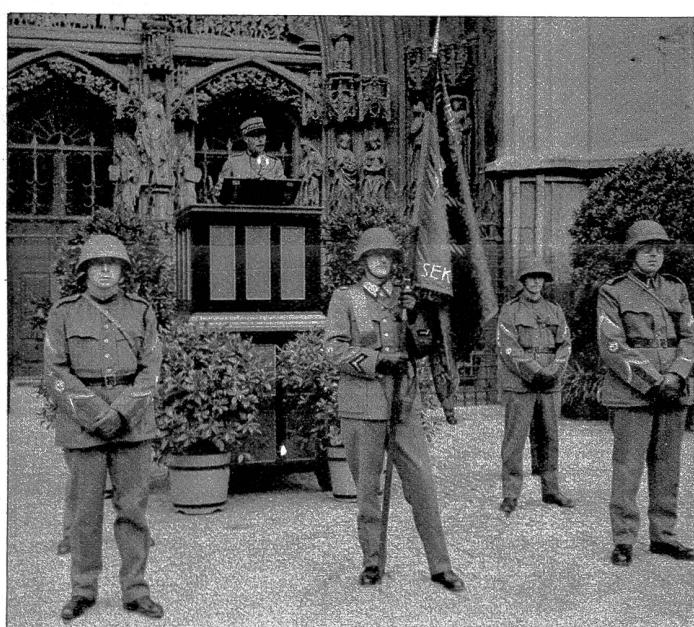
früheren Zeiten habe sich der Bund darauf beschränken können, den Exporteuren fördernd zur Seite zu stehen, in Zukunft aber, obgleich die private Initiative «noch ihren Spielraum haben» werde, müsse der Staat eine «zielbewusste staatliche Handelspolitik» treiben. Das will natürlich nicht heissen, dass die Handelspolitik der Vergangenheit keine bewussten Ziele verfolgt habe. Nur verschlieben sich jetzt die Gewichte: «Staatliche Handelspolitik» bedeutet etwas Neues; den Exporteuren müssen bestimmte Richtlinien vorgeschrieben werden, von Staats wegen werden ihnen Wege geöffnet, durch den Staat wird bestimmt, welche Exporte forciert, welche zurückgestellt werden sollen usw.

Neun neue Gesandtschaften werden eingerichtet: Für Dänemark, Norwegen, Uruguay, für China, Kanada, Australien, für Südafrika, Peru (mit Bolivien und Ecuador) und Mexiko. Darin spiegelt sich weniger die Anerkennung veränderter politischer Gewichte als die Erkenntnis, wie wichtig für uns die allseitige «Streuung» unserer Handelsziele geworden sei.

Wie sehr im Bundeshaus diese Neuorientierung im Vordergrund steht, ergab sich auch aus den Darlegungen von *Bundesrat Stampfli vor der «Vaterländischen Vereinigung» in Brugg* am vergangenen Sonntag. Hier hörten wir zum ersten Male eine *öffentliche Erörterung der Neutralitätsfrage*. Während wir bisher glaubten, diese Neutralität sei für unsere obersten Behörden ein richtiges «Rührmich-nichtan», und nur die PdA habe sich frevelhafterweise dagegen gewendet, sagte Herr Stampfli, es handle sich um eine *Schicksalsfrage*, und nur eine *Volksabstimmung* könne darüber eine Entscheidung treffen, welche auf die übrige Welt den wünschenswerten Eindruck mache. Dieselbe Ueberlegung beherrscht die *Kommission des Nationalrates für auswärtige Angelegenheiten*, nachdem *Bundesrat Petitpierre* die Stellung der Schweiz gegenüber der Charta von San Franzisko, welche für unsere Neutralität keinen Raum übrig lässt, dargelegt: *Es braucht einen Volksentscheid!*

Brennpunkt Frankreich

Die Regierung des Vaterlandsretters de Gaulle operiert keineswegs nur glücklich, und es braucht «nur noch einige Tropfen, um das Fass der Unzufriedenheit gegen ihn», welches auf der politischen Linken steht, zum Ueberlaufen zu bringen. Seit der Befreiung des Landes dauert nun das zähe Ringen zwischen dem «Rettter General» und den Leuten der Widerstandsbewegung an. Erst haben sie sich in die Entwaffnungsorder fügen müssen und die Ein-



In Bern gedachte der Fourierverband Bern seines 25jährigen Bestehens mit einer Feier auf dem Münsterplatz. Unser Bild zeigt Oberstdivisionär Jahn, der zu den Fourieren spricht (Photopress)

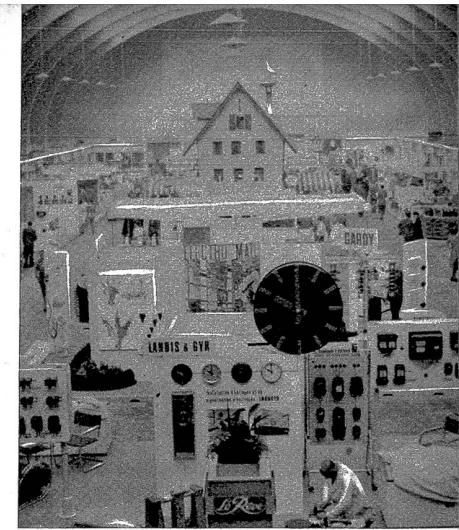
Links: In Zürich ist in Anwesenheit von *Bundesrat Etter* die Ausstellung „Amerika baut“ durch den Gesandten der Vereinigten Staaten in Bern, *Minister Harrison*, eröffnet worden. In über 400 Bildern verschafft diese amerikanische Schau Einblick in das architektonische Schaffen der mächtigen Republik jenseits des Atlantik (ATP)

Rechts: Seit einem halben Jahrhundert sind die Veteranen des Eidgenössischen Turnvereins zusammengeschlossen. Ihrer Landsgemeinde, die in festlichem Rahmen in Biel durchgeführt wurde, kam daher erhöhte Bedeutung zu. Unser Bild zeigt die Veteranen-Landsgemeinde während der markigen Ansprache ihres Obmannes *Charles Thöne*, Genf (ATP)





Links: Lausanne hat am Samstag den 26. Schweizer Comptoir, den ersten seit Kriegsende, eröffnet und dabei zugleich die Genugtuung erlebt, dass sich das befreundete Frankreich mit einem eigenen Pavillon (Hintergrund) beteiligte. Unser Bild zeigt den von der Stadtmusik eröffneten offiziellen Festzug (ATP)



Rechts: Blick in eine Ausstellungshalle, im Hintergrund (Mitte) das originelle Pavillon der Schokoladefabrikation (ATP)

Das Comptoir Suisse in Lausanne

Das erste Friedens-Comptoir, nach sechs schweren Kriegsjahren, hat am Samstag, den 8. September, seine Pforten geöffnet, hinter welchen sich ein Spiegelbild schweizerischen Schaffens dem Besucher offenbart. Die Eröffnung fiel zusammen mit dem Tag der Schweizerpresse. Ein erster Empfang wurde im französischen Pavillon in Bern in klaren Umrissen die Resultate französischen Gewerbeleisses an Hand der ausgestellten Erzeugnisse vermittelte. Am Nachmittag, um 17 Uhr, erfolgte in Gegenwart der Behörden die offizielle Eröffnung. Herr Failletaz, Direktor des Comptoirs wies in seiner Aussprache auf die Fortschritte der Schweizer Arbeit hin und auf die Leistungen, die man in der Ausstellung zu sehen bekommt. In einem Zeitpunkt, wo die Zukunft mehr denn je Anreiz gibt, die Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit, die Aufrechterhaltung der Produktionskapazität und die Ausdehnung des nationalen Wirtschaftspotentials durchzusetzen, tritt die Bedeutung des Schweizer Comptoirs ausdrucks voller denn je in Erscheinung.

Herr Nationalrat Ador, Stadtpräsident von Lausanne, entbot namens der städtischen Behörden den zahlreichen Besuchern den Willkommensgruss mit dem Hinweis, das 26. Comptoir Suisse möge das Symbol des Friedens im wahrsten Sinne des Wortes bleiben und dem Schweizer Volk Arbeit und Brot bringen.

Mit einigen Neuerungen steht heute das Comptoir in frischem Glanze. Die vollständige Umgestaltung der Gartenanlagen erhöhen um Vieles die dekorative Wirkung, und die Renovation der Degustationshalle wird gewiss nicht ohne positive Resultate bleiben. An Abendunterhaltungen mit auserlesenen Programmen fehlt es auch nicht, so dass die Besucher auch dieses Jahr auf ihre Rechnung kommen werden. Möge dem ersten Friedens-Comptoir voller Erfolg beschieden sein. dok.

ordnung ihrer Leute in die reguläre Armee als halben Trost hingenommen. Dann begann die Differenz in der Auffassung über Umfang und Tempo der «Säuberung». Zwischenfälle aller Art beleuchten den Unterschied der Meinungen, wie sie auch in Italien zum Ausdruck kommen. Es wurden da und dort Lynchgerichte veranstaltet. Dazu kam in der Presse der mobilen Linken der Verdacht nicht zur Ruhe, dass zwischen den neu obenaufgekommenen Kreisen und dem «lauen Durchschnitt», welcher Pétains Politik fahrlässigerweise mitgemacht, eine geheime Komplizität bestehen. Die «200 Familien» seien abermals die massgebenden geworden, die Masse ihr Opfer. Alle, die nicht gerade aktiv die Deutschen unterstützt, aber doch im Rahmen der Unverdächtigkeit mit ihnen Geschäfte gemacht, seien den «Ordnungsmächten» dieser vierten Republik im Grunde willkommener als die kühnen, handfesten Burschen, welche im Maquis gewesen. Zwar machten auch Leute aus den oberen Ständen mit, aber zur Mehrzahl standen im «Untergrund» doch jene Proleten, die nichts zu verlieren hatten. Und sie seien es, die «automatisch unerwünscht» waren, sobald der Feind das Land verlassen. In diesen Gedanken-gängen bewegen sich die Ueberlegungen breiter Schichten.

Nun hat de Gaulle sich geweigert, Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen, um mit ihnen über bestimmte Fragen zu diskutieren. Herr de Gaulle stammt ursprünglich von der politischen Rechten und hat gegen seine früheren Ueberzeugungen mit der Linken paktiert, als es galt, den

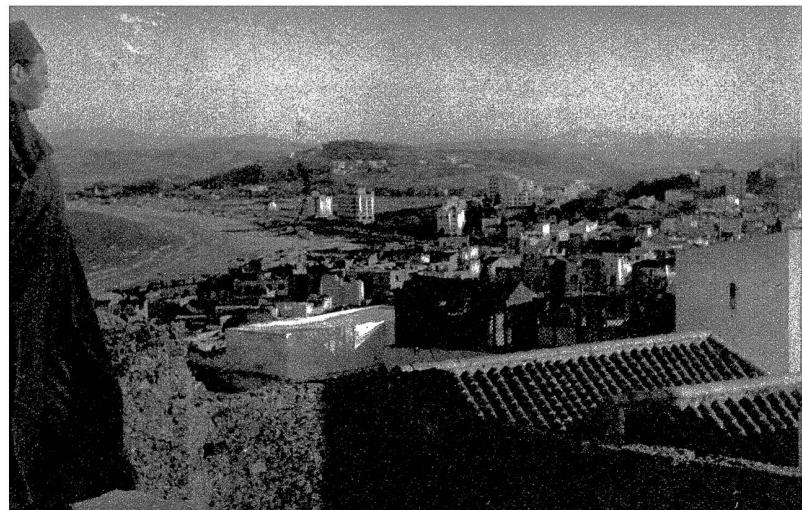


Unser Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem Schokolade-Pavillon und darin die authentische Schokoladefabrikation von 1745, welche von Nestlé (Vevey) nach genauen Ueberlieferungen vordemonstriert wird (ATP)

Widerstand des Landes zu organisieren, und als er erkannte, dass gerade bei den verfehlten Linksleuten der Widerstandswille am stärksten war. Nun aber brach der «Rechts-Mann» bei ihm durch, und es wurde offenbar, dass er wie früher den Gewerkschaften das Recht, Politik zu treiben, ganz einfach absprach. Das Beispiel Englands hätte ihm allerlei sagen können: Die Labourparty stellt im wesentlichen den Bund der Gewerkschaften dar, und dass sich für sie Politik «schickt», ist wahrhaftig erwiesen. De Gaulle aber möchte solches den französischen Gewerkschaftsvertretern verwehren. Die Parteien sollen Politik treiben und niemand sonst. In seinem Kabinett sitzen Sozialisten und sogar zwei Kommunisten. Mit ihnen zusammen, so denkt er, lässt sich der jetzige Kurs konsequent weiterführen. Und warum sollten die Herren abspringen, da sie doch in der Regierung sitzen?

Dass die sozialistischen und kommunistischen Minister eines Tages als Generäle ohne Armee dastehen könnten, scheint de Gaulle nicht zu fürchten. Aber gerade diese Gefahr zeichnet sich am politischen Horizont ab. Und das sie drohender wird, hat eigentlich als jüngste Ursache jene Ablehnung der Gewerkschaften als politische Gesprächspartner. Es fragt sich, warum de Gaulle diesen Fehler machte. Vermutlich spielt er mit dem Gedanken, die

Uneinigkeit der Linksparteien werde fort dauern. Die sozialistische Führung wehrt sich konsequent gegen die Vereinigung mit den Kommunisten.



Tanger erhält wieder internationales Statut. Die Viermächte-Konferenz über die Tanger-Frage ist zu einer prinzipiellen Einigung gekommen, wonach Tanger neuerdings unter ein internationales Statut kommt. Spanien ist aufgefordert worden, innert 30 Tagen seine Truppen zurückzuziehen. (ATP)

Wir erinnern uns

1941:

12. September. Die erste russische Gegenoffensive unter Timoschenko bei Jelnja südöstlich von Smolensk meldet die Vernichtung von 238 deutschen Tanks und 135 Geschützen und strafft die Berliner Meldung, dass die russischen Armeen schon am 5. Kriegstage «Anzeichen von Zersetzung» zeigten, Lügen.

13. September. USA gehen zur «angreifenden Verteidigung» ihrer Transportflotte über. Das «Neutralitätsgesetz» wird aufgehoben.

14. September. Die Russen müssen Kremenschug am Dnjepr räumen. Deutscher Vorstoß über den Strom, von Südosten her in den Rücken von Kiew, das auch vom Norden und Nordosten her bedroht wird.

1942:

11. September. Bei Mosdok am Terek wird der deutschen Kaukasus-Offensive Halt geboten.

14. September. Die Deutschen melden die Besetzung des Hauptbahnhofes in Stalingrad.

In der Schweiz wird ein ungedecktes Defizit von 4,5 Milliarden und damit die Notwendigkeit festgestellt, neue Finanzquellen für die Eidgenossenschaft zu erschliessen.

1943:

9. September. Italien kapituliert. Die Regierung Badoglio verhandelt mit den Deutschen.

10. September. Die Russen erobern das Zentrum des Donezbeckens, Stalino.

13. September. Die Befreiung Mussolinis aus seiner Haft auf dem Gran Sasso wird bekannt. In Oberitalien ergreift Rommel das Regiment und regiert mit dem Belagerungszustand. Die bei Salerno gelandete amerikanische 5. Armee gerät in schwere Bedrängnis, bis die in Eilmärschen von Kalabrien und Apulien anrückende 8. Armee das Gleichgewicht wieder herstellt.

1944:

8. September. Die Russen stehen an der rumänisch-jugoslawischen Grenze im Banat.

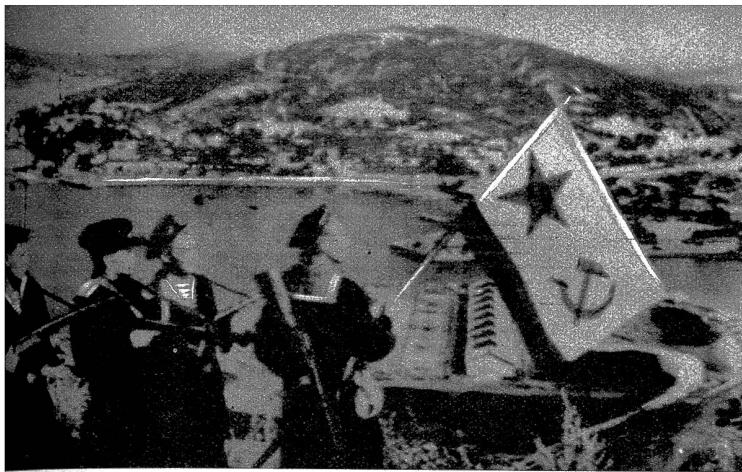
12. September. Eine neue deutsche Widerstandslinie am Albert-Kanal, an der Ostgrenze Luxemburgs, an der burgundischen Pforte, bei Metz, an der oberen Mosel wird sichtbar und beendet die alliierte Blitzoffensive.

Der alte Führer Léon Blum hat öffentlich bekanntgegeben, weshalb eine solche Vereinigung nicht in Frage kommt. An den Parteitagen der Kommunisten würden die Anträge der Parteileitung vom hohen Ross herunter bekanntgegeben und meist wie Diktate gutgeheissen. (Er hätte auch sagen können: Genau so diskussionslos wie einst in der deutschen Sozialdemokratie «genehmigt».) An den sozialistischen Parteitagen, jedoch käme jede Schattierung von Opposition zum Wort, und aufs Subtilste würde durchdiskutiert, was zu zweideutlichen Auffassungen Anlass gebe. Die Beschlüsse selbst seien wirklich das Resultat solch wahrhaft demokratischer Diskussion. Der Unterschied zwischen Sozialisten und Kommunisten beruhe aber gerade darin, dass die einen Demokraten seien, die andern aber ihrer Herkunft von der «Führeridee» nicht verleugnen könnten. So ungefähr stellte Blum, frei zusammengefasst, die Streitpunkte der beiden Lager an.

Warum soll de Gaulle vorzeitig seinen Kurs aufgeben, solange er sich der Unterstützung Blums und seiner Partei sicher weiß? In der Tat scheint er — vorläufig wenigstens — recht zu haben. Es kommt dazu seine Ueberlegung, dass Frankreich seine feste Hand in der Aussenpolitik nötiger habe als je. Können sich die Parteien, auch die der Linken, dieser Einsicht versagen? Für de Gaulle steht fest, dass sie das nicht können. Sie werden also zusehen müssen, wie de Gaulle für Frankreich die verlorengegangenen Kolonien zurückkolt: Indochina, wo sich in Annam separatistische Kreise breit machen, wo die Chinesen nach dem Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages das nördliche Tonking besetzen und Siam versucht, womöglich mit britischer Hilfe die geraubten Länder am Mekong zu behalten, ferner Martinique und die kleinen kanadischen Inseln. Und die Parteien werden zusehen, wie de Gaulle von den Siegermächten verlangt, dass sie Saar und Ruhr vom Reiche abtrennen und in irgendeiner Form Frankreich unterstellen. Und sie werden hinter de Gaulle stehen und die so notwendige «einmütige nationale Entschlossenheit» in diesen Belangen manifestieren.

De Gaulle hat auch Léon Blum zur neuen Labourregierung in London geschickt, um dort seinen alten Freunden von der zweiten Internationale, die nun in der Regierung sitzen, Frankreichs Wünsche und Notwendigkeiten klarzumachen. Blum kann das, ohne dem Programm seiner Partei untreu zu werden. Denn selbst die Kommunisten dürfen nicht wagen, ein Schmälerl des Kolonialbesitzes oder ein Zurückweichen am Rhein zu befürworten. Wieviel weniger die Sozialisten! De Gaulle versucht also, die Auseinandestrebenden — und von ihm selbst Wegstrebenden, durch das Mittel der forcierten Aussenpolitik zusammen und an seiner Seite zu halten, nach dem alten Rezept, innerpolitische Diferenzen durch aussenpolitische Unternehmungen zu beseitigen. Nicht durch einen Krieg diesmal! Eine diplomatische Dauer-Offensive tut den Dienst auch.

Die Belastung spröbe für die Koalition der de Gaulleschen «Ordnungsmacht» mit den Linksparteien rückt indessen näher: Es muss eine neue Deputiertenkammer gewählt werden, und die Frage lautet, welche Aufgaben das Land dieser Kammer stellen werde. Und eben hier hat die Regierung den Hebel angegesetzt, um einer allzu umstürzlerischen Opposition, falls sie obenauf käme, den Riegel vorzuschieben. Mit den Wahlen wird gleichzeitig eine Abstimmung über zwei Fragen veranstaltet. Das Volk soll sagen, ob die neue Kammer als «Konstituante» walten solle oder nicht. Sagt es dazu ja, dann hat die neue Versammlung eine Verfassung auszuarbeiten, die je nach der Zusammensetzung des «Siegerparlamentes» so oder so ausfallen und «für de Gaulle» oder gegen ihn und seinen Kurs sein wird. Ist es ein Parlament mit einer ausgesprochenen Linksmehrheit, dann sieht man voraus, dass die Tage des Retter-Generals als «Chef» gezählt sein werden.



Sowjettruppen haben den mächtigen japanischen Flottenstützpunkt auf chinesischem Festland, Port Arthur, welchen sie im russisch-japanischen Krieg 1905 an die Japaner verloren hatten, wieder in Besitz genommen. Port Arthur ist der nördlichste, während es ganzen Jahres eisfreie Hafen an der russisch-chinesischen Ostküste. Unser Bild: sowjetische, mit Maschinenpistolen ausgerüstete Marine-Infanterie schwenkt die Sowjetflagge mit dem Hammer und Sichel über die Bucht von Port Arthur (Ph. P.)



Nagasaki, die japanische Hafenstadt auf der Insel Kyushu, ein wichtiger Kriegs- und Handelshafen, wurde durch die zweite von den Amerikanern abgeworfene Atombombe vollkommen zerstört. Dabei fanden der grösste Teil der 200 000 Einwohner den Tod oder wurden verletzt. Unser Funkbild zeigt, was von Nagasaki noch übriggeblieben ist (Ph. P.)

Wenn aber das Volk die neue Kammer nicht als Konstituante erklärt, dann erhält die Regierung gewissermaßen die Vollmacht, im Sinne des Generals weiterzuwirken und es erfolgen auf dem Gesetzeswege Reformen, wie sie de Gaulle für notwendig erachtet. Worum es geht, das sagte er dem Lande in einer grossen Rede, worin er darauf hinwies, wie *kurzlebig die vielen Ministerien zwischen den beiden Weltkriegen gewesen*, wie die «21 Männer» in immer neuen Kombinationen in insgesamt 40 Ministerien amteten und kaum je zu einer steten Wirksamkeit gelangten. Die vierte Republik kann diesen Zustand nicht wieder brauchen. Da die Opposition «in der Regierung» (dieser Zustand bezeichnet ja den heutigen Kurs) in bezug auf das ehemalige «Karusell der Ministerien» durchaus derselben Meinung ist wie der Chef, widerspricht ihm niemand. Dass man links andere Lösungen sucht als er, wird sich erst in den Wahlvorbereitungen ergeben. Die immer eindeutigere Parole der Linken wendet sich gegen die autoritären Formen, für die de Gaulle seiner Herkunft nach eine gewisse Sympathie hat.

Das Gefahrenzeichen erster Ordnung für die «Regierung des Sieges» besteht in der *Möglichkeit, dass Sozialisten eine gemeinsame Wahlliste aufstellen*. Noch ist es nicht so weit, und noch fragen sich die Befürworter, ob eine neue sogenannte «Volksfront» bei den französischen Massen Anklang finden würde. Ist es doch für ihre Gegner leicht, die Meinung aufzufrischen, als habe früher diese Volksfront den nationalen Widerstandswillen entscheidend geschwächt. Und de Gaulle selber wird alle Mittel anwenden, um *die Kommunisten von den beiden andern Parteien zu isolieren*. Wenn er dies zustande bringt, und wenn er der Öffentlichkeit sichtbare aussenpolitische Erfolge vorweisen kann, sind seine Aussichten für einen Wahlerfolg grösser, als wenn er in beiden Punkten einen Miss Erfolg erntet.

Ein Linksrutsch in Frankreich?

Er würde nur dann europäische Bedeutung haben, wenn sich die Linksparteien zu einer *aktionsfähigen Volksfront* zusammenschliessen und innerhalb ihrer Koalition ein faires Zusammenspiel einhalten könnten. De Gaulle rechnet nicht damit, dass sie das werden. Die Unterschiede zwischen den Sozialisten und Kommunisten scheinen ihm wie manchen andern viel grösser als die zwischen Sozialisten und Bürgerlichen, womit selbstverständlich auch die Radikalen an die Rechte gefesselt bleiben würden. Ein Linkssieg der diesen Namen wirklich verdienen würde, wäre also nur ein Sieg der Kommunisten, die aber nicht mehr als höchstens 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen werden. Sollte also der General seinen eigenen Kurs vorzeitig anzweifeln und nicht viel-

mehr hoffen, zu guter Letzt seine Innenpolitik auf die populärste Weise «gegen die Kommunisten» zu machen, mit dem Sieg gegen die Sozialisten?

Es bezeichnet die Situation in fast allen europäischen Ländern, dass nirgends wie in England eine geschlossene Linksmehrheit möglich erscheint, ausser in den Balkan-Donaustaat, in Form der «diktaturbereiten» heutigen «Volksparteien», in welchen die aktiven kommunistischen Minderheiten führen. Ueberall anderswo wird die Linke zersetzt durch den Gegensatz «demokratisch-diktatorisch». Mit Hilfe dieses Gegensatzes lässt sich so oder so ein Regime aufrichten, welches mit List und «sanfter Gewalt» seinen Willen durchdrückt. De Gaulle probiert es in Frankreich mit einem gemässigt autoritären Rechtskurs, in welchem ihn die Sozialisten stützen sollen, in der Erkenntnis, das «regiert werden müsse», nicht gekuhhandelt wie in der dritten Republik. In den russisch-besetzten Ländern vertreten die Kommunisten dasselbe Rezept unter anderem Vorzeichen. Sie möchten es in einer französischen Volksfront ebenso für Frankreich, und eben das verhindert die Sozialisten, so geradewegs und unbesonnen in eine neue Volksfront zu springen. Sie werden sich erst anders besinnen, wenn die Strömungen in den Massen den heutigen Kurs der Führung Blum ablehnen.

Eben dies wird entscheiden. Die Gewerkschaften waren bis vor kurzem noch entschlossen, in der Abstimmung den Standpunkt de Gaules zu unterstützen. Nach der Brüskierung durch den General scheinen sie zu schwenken, das heisst, dass nun ihre Stimmen im Sinne der Kommunisten fallen — und dies wird für die Sozialisten zu einem Signal, den Kontakt mit der eigenen Wählerschaft nicht zu verlieren. Schweizerische Zeitungsleser tun gut daran, zu verfolgen, wie die Abstimmungsparolen der Linksparteien schliesslich lauten, und ob die Wahlkoalition der drei Parteien Tatsache wird. Sie wissen dann fast zum voraus Bescheid über de Gaules Fall oder neuen Triumph.



Der erste Anwärter auf den Nobelpreis, der weltberühmte Erfinder des epochalen Heilmittels Penicillin, Prof. Fleming, ist als Guest der französischen Regierung in Paris eingetroffen. Auf unserem Bilde zeichnet ihn General de Gaulle mit der Krawatte eines Kommandeurs der Ehrenlegion aus (ATP)